Bericht über GAZA-Demos

Bericht über GAZA-Demonstration in Hamburg

Januar 2009

In Hamburg gab es insgesamt 3 große Aktionen gegen den Krieg im Gaza-Streifen und viele weitere kleinere Kundgebungen und Mahnwachen.

Nachdem bereits am 02.Januar ca. 4000 Menschen gegen die Aggression Israels auf die Straße gingen, fand am 17.Januar die zweite große Demonstration statt. Daran beteiligten sich ein weiteres Mal über 4000 Menschen. Dazwischen lag eine weitere Aktion am 10.Januar, als ca. 1000 Menschen eine symbolische Menschenkette um die Binnenalster am Jungfernstieg bildeten. Zusätzlich organisierte der Deutsch-Palästinensische-Frauenverein regelmäßige Mahnwachen in der Fußgängerzone der Mönckebergstraße.

Vorangegangen waren den Aktionen einige Konflikte innerhalb der palästinensischen Gemeinde. Die erste Demonstration am 02.Januar wurde von der „SCHURA-Rat der islamischen Gemeinden“ organisiert. Die SCHURA ist eine reaktionäre, religiöse Vereinigung, die sich hauptsächlich über die Infrastruktur der Moscheen bildet. Sie enthält bzw. mobilisiert viele rechte bis hin zu offen faschistischen Elementen. Bei den Demonstrationen bilden sie immer einen getrennten Männer- und Frauenblock. Politisch unterstützt sie in dem Nah-Ost-Konflikt die Hamas. Deshalb haben andere Organisationen innerhalb der palästinensischen Gemeinde (politisch eher der linken PFLP (Popular Front for the Liberation of Palestine) nahe) den gemeinsamen Protest mit der SCHURA abgelehnt und nicht zu der Demo am 02.Januar aufgerufen. Diese war, wie zu erwarten, sehr religiös geprägt. Eine

gewisse Vermittlerposition nahm dann der Deutsch-Palästinensische Frauenverein ein, der Wert auf politische sowie konfessionelle Unabhängigkeit legt, aber in der Praxis eher den linkeren Elementen des Widerstands nahe steht. Er hat in einem breiten Bündnis die Menschenkette um die Binnenalster sowie die Mahnwachen in der Mönckebergstraße organisiert.

Zu der letzten Demo am 17.Januar riefen dann (unter anderem) der D-P-Frauenverein zusammen mit der SCHURA auf. Die linken Elemente der palästinensischen Gemeinde riefen zwar nicht offiziell mit auf, beteiligten sich aber an der Demo. Im Vorfeld gab es ein Treffen im internationalen Zentrum B5, zu dem die SOL (Sozialistische Linke) einlud, um für die Demo einen linken, fortschrittlichen Block zu bilden.

Diese Blockbildung war richtig und wichtig. Zum einen, um deutlich zu zeigen, dass der palästinensische Widerstand nicht allein von reaktionären, rechten bis offen faschistischer Kräfte getragen wird. Als Revolutionär/innen müssen wir an den großen Demonstrationen teilnehmen. Der Protest darf nicht den reaktionären Kräften überlassen werden. Die meisten Araber/innen beteiligen sich an den Aktionen, weil sie den Krieg ablehnen, ohne die politisch reaktionären Ziele einiger ihrer Organisationen zu teilen, auch wenn viele von ihnen religiös sind. Ein Bekenntnis zu Allah ist etwas anderes als ein Bekenntnis zur Hamas. Zweitens konnten wir durch den gemeinsamen Block sicherstellen, dass wir Transpis und Fahnen tragen sowie Flugblätter verteilen konnten. Auf der Demo am 02.Januar wurde der SOL von den Veranstaltern untersagt, ihr Transpi zu tragen.

Der Block war mit ca. 300 Teilnehmer/innen ein (kleiner) Erfolg. Das war nicht zuletzt dadurch möglich, dass sich ATTIC (linke, zum Großteil türkische Organisation) dazu durchgerungen hatte, sich zu beteiligen. Sie hatten die erste Demo auch boykottiert, und durch diverse türkische Fahnen fühlten sie sich bestätigt (ATTIC organisiert viele türkische Kurd/innen). So gab es auch Ärger auf der letzten Demo, da eine Fahne der „Grauen Wölfe“ getragen wurde. Die Grauen Wölfe sind eine faschistische, türkische Organisation, die eine Rückkehr zum großosmanischen Reich fordert. Obwohl zeitweise verschwunden, tauchte die Fahne gegen Ende wieder auf, und die

Veranstalter/innen lehnten es ab, die Fahne zu untersagen. Natürlich treten wir dafür ein, dass diese sowie alle anderen faschistische Fahnen und Elemente auf den Demonstrationen nichts zu suchen haben! Die politischen Ziele der Grauen Wölfe sind erzreaktionär und müssen bekämpft werden!

Auch am 17.Januar abends fand noch eine pro-zionistische Kundgebung in der Mönckebergstraße statt. Daran beteiligten sich ca. 600-800 Menschen. Aufgerufen hatte ein Bündnis von pro-zionistischen Organisationen, darunter der BAK-Shalom der Linkspartei.

Krieg gegen Kurdistan

Freiheit für Kurdistan! Kampf dem türkischen Imperialismus!

November 2007

Am 17. Oktober billigte das türkische Parlament den Militäreinsatz gegen die PKK und sorgte damit für eine erneute Verschärfung der jahrzehntelangen Unterdrückung der kurdischen Bevölkerung in der Türkei. Die laufenden Militäroperationen sollen auch auf die Kurdengebiete im Nordirak und die dortige kurdische Selbstverwaltung ausgedehnt werden.
Es ist bezeichnend, dass es angesichts dieser Verletzung der Grenzen des Iraks als eines völkerrechtlich souveränen Staates durch das NATO-Mitglied Türkei kaum Protest und schon gar keine Sanktionen durch jene imperialistischen Staaten gibt, die ansonsten recht schnell unbotmäßige Regime als „Schurkenstaaten“ einstufen.
Im Krieg der USA gegen den Irak waren die KurdInnen unter Führung der

nationalistischen und halb-feudalen Parteien Verbündete der Besatzer – in der Hoffnung, mithilfe des Imperialismus dem Ziel der Autonomie oder gar eines eigenen Staates näher zu kommen. Ökonomisch gründet sich diese Hoffnung auf den Ölreichtum der kurdischen Gebiete im Nordirak.
Zweifelsohne ist der US-Imperialismus in einer schwierigen Lage. Auf der einen Seite ist die Türkei NATO-Verbündeter mit wichtigen Basen für militärische Interventionen. Auf der anderen Seite waren die kurdischen Gebiete die politisch stabilste Region im vom Bürgerkrieg geprägten Irak. Die kurdischen Lokalinstitutionen unterstützen die irakische Zentralregierung. Würden sich die KurdInnen aktiv am Kampf gegen die Besatzer beteiligen, wäre deren Lage noch weitaus schwieriger, als sie ohnehin schon ist.
Gerade weil sie eine solche Eskalation fürchten, haben die Besatzer den KurdInnen bisher eine gewisse Autonomie zugestanden. Doch einen separaten Kurdenstaat im Nordirak oder gar darüber hinaus, wird der Imperialismus nicht dulden – aus mehreren Gründen. Zum einen würde eine solche Entwicklung den NATO-Partner Türkei gegen mögliche imperialistische Befürworter eines kurdischen Staates aufbringen und diesen extrem destabilisieren.
Zweitens würde ein neuer Kurdenstaat die gesamte Ordnung in der Region durcheinander wirbeln und der Intention des Imperialismus nach größerer Kontrolle der Ressourcen der Region um Kaukasus und Kaspisches Meer diametral entgegenstehen.
Drittens wäre ein eigener Kurdenstaat eine Bestätigung dafür, dass sich der Kampf (auch in bewaffneter Form) gegen nationale und soziale Unterdrückung lohnt und Erfolg haben kann. Das würde ein positives und anspornendes Beispiel auch für andere Staaten und Unterdrückte sein, die mit dem Imperialismus im Clinch liegen wie Iran oder Afghanistan.
Gründe genug also für Washington und Brüssel, allzu großen Ambitionen der KurdInnen eine Absage zu erteilen und der Türkei freie Hand zu geben. Allerdings geht dieses Zugeständnis nur so weit, als es die Lage im Nordirak nicht destabilisiert und die KurdInnen gegen den Imperialismus und dessen Pläne im Irak auf den Plan ruft.
In diesem Sinn bezog nun die US-Regierung Stellung im Konflikt zwischen der Türkei und den KurdInnen bzw. dem Irak. Laut US-Außenministerin

Condoleezza Rice stelle die PKK eine „gemeinsame Gefahr“ für Washington und Ankara dar und der „Kampf gegen die PKK (erfordere) Ausdauer und Zusammenwirken“. Das ist ein eindeutig positives Signal für das türkische Militär. Die „Aufforderung“ aus Brüssel die „Integrität des Irak zu respektieren“ ist angesichts der imperialistischen Besatzung blanker Zynismus.

Konflikte

Aber nicht nur im Nahen Osten nimmt die Situation der KurdInnen lebensbedrohliche Züge an. Angestachelt von dieser Situation kam es seit Ende Oktober bundesweit zu nationalistischen Ausschreitungen gegen KurdInnen. Kurdische Menschen, Vereine und Lokale wurden angegriffen und mit Flaschen beworfen.
Am 28. Oktober zogen etwa 2.000 türkischstämmige Jugendliche in Berlin von Neukölln nach Kreuzberg. Die vielen Parteifahnen der faschistischen „Partei der Nationalistischen Bewegung“ (MHP) und die Parole „Kurden auszulöschen“ zeigten die nationalchauvinistische Gesinnung dieses Mobs. Auf ihrem Weg nach Kreuzberg, wo sich kurdische Kulturvereine befinden, wurden KurdInnen unter Applaus mehrfach brutal überfallen.
Die Polizei sorgte wieder einmal für die „öffentliche Sicherheit“, indem sie, wenn sie nicht gerade der Prügelorgie zusah, beim Prügeln auf sich wehrende KurdInnen mitmachte. Am 4. November fand daher eine Protestkundgebung am Hermanplatz in Berlin statt. Leider nur etwa 250 Menschen folgten dem Aufruf linker und kurdischer Gruppen.
Wir werden uns der Hetze gegen die kurdische Bevölkerung als „Terroristen“ nicht anschließen. Im Gegenteil: Die Lieferungen von Kampfhubschraubern und Leopard-Panzern für die Türkei, die rassistische Hetze und die Pogrome gegen KurdInnen verlangen nach unserer Solidarität und unserer praktischen Unterstützung ihres Widerstands.
Der deutsche Staat hat sich schon immer ablehnend gegenüber den völlig berechtigten Interessen der KurdInnen gezeigt. So spielte die BRD jahrelange eine Vorreiterrolle im Kampf gegen die Guerilla mit Verbot der PKK und deren Einstufung als „terroristische Organisation“ seit Anfang der 1990er Jahre.

Die extrem reaktionär-nationalistischen, ja faschistoiden türkischen Organisationen hingegen sind nicht verboten. Die undemokratischen und sehr repressiven Zustände in der Türkei – nicht nur gegenüber KurdInnen, sondern auch gegenüber Linken und GewerkschafterInnen – werden von Deutschland zwar als Verstöße gegen Menschenrechte kritisiert, doch gleichzeitig betreffen die Einschränkungen des Asylrechts auch TürkInnen und KurdInnen, die hier Asyl suchen.

Welche Strategie?

Wir müssen den Kampf der KurdInnen gegen den deutschen und türkischen Imperialismus und für das Recht auf Unabhängigkeit unterstützen!
Dabei verschweigen wir aber nicht, dass die Strategie und Taktik der PKK und anderer kurdischer Organisationen ungeeignet dafür sind, den KurdInnen einen Ausweg aus ihrer Lage zu weisen.
Die Führung der PKK und andere kurdische Organisationen hatten die Situation falsch eingeschätzt. Die Ablehnung des irakischen Widerstands, um eine vermeintliche Zusage für die Autonomie nicht zu gefährden, war und ist fatal. Sie zeigt die falsche Einschätzung von Kapitalismus, Imperialismus und der Strategie des Kampfes für einen unabhängigen und demokratischen Staat, den die KurdInnen fordern.
Die Idee, sich mit dem Imperialismus auszusöhnen und ihn für die eigenen Zwecke nutzen zu können, ist falsch und gefährlich! Der Imperialismus wird nie die Interessen nach sozialer und nationaler Befreiung der Massen unterstützen. Allenfalls wird er aus kurzfristigen taktischen Interessen oder aus einer Notlage heraus zu zeitweiligen Zugeständnissen bereit sein.
RevolutionärInnen haben immer wieder darauf hingewiesen, dass eine antiimperialistische Einheitsfront gegen den Imperialismus im Irak notwendig ist. Anders als in sonst in der Einheitsfrontpolitik, die nur ein Kampfbündnis von proletarischen Organisationen ist, muss in der antiimperialistischen Einheitsfront auch die Einheit im Kampf mit klerikalen oder bürgerlichen Nationalisten gesucht werden, wann und wo diese mit den Imperialismus in Konflikt geraten und einen legitimen Kampf führen.
Vorbedingung für jedes solches zeitweilige Bündnis muss jedoch die politische und organisatorische Unabhängigkeit der Unterdrückten und

ArbeiterInnen von den nicht den bürgerlichen und klerikalen „Partnern“ sein. Auch der soziale und nationale Widerstand gegen die eigenen Unterdrücker darf nicht unterbrochen, zurückgestellt oder gar beendet werden, um den Kampf gegen den Imperialismus nicht zu schwächen, wie es z.B die Stalinisten oft propagierten.
Der Kampf gegen den Imperialismus wird die Massen auch lehren, dass die bürgerlich-nationalistischen Bündnispartner den Kampf immer wieder boykottieren, sobald ihre eigenen sozialen Pfründe in Gefahr geraten oder ein Kompromiss mit dem Imperialismus möglich scheint.

Permanente Revolution und Partei

Daher ist der Kampf der ArbeiterInnen, Bauern und der Armut gegen die Imperialisten zugleich auch Ausgangspunkt für die Befreiung der Massen nicht nur von fremden Unterdrückern, sondern auch von den eigenen Kapitalisten und Großagrariern. Den antiimperialistischen Kampf zur sozialen Revolution zuzuspitzen ist die Anwendung der Theorie der „Permanenten Revolution“ in Halbkolonien.
Danach können selbst bürgerlich-demokratische Forderungen wie das nationale Selbstbestimmungsrecht nicht mehr von der Bourgeoisie umgesetzt werden. Dazu ist nur das Proletariat im Bunde mit anderen Ausgebeuteten und Unterdrückten imstande. Insofern muss das Proletariat auch die Führung im Kampf übernehmen und ist dadurch auch in der Lage, eine demokratische Revolution zur sozialistischen weiterzuführen und den Kapitalismus samt Privateigentum zu stürzen.
Demgegenüber sprechen die kurdischen Organisationen – auch die PKK – nur von „Demokratie“ – ohne zu erwähnen, welche sie meinen und welche Klasse sie ausüben soll. Sie reden vom „Volk“ statt von Klassen und sehen das Bürgertum zusammen mit den kleinbürgerlich-demokratischen Parteien als Führungen im Kampf. Sie alle streben letztlich einen kurdischen Staat oder eine Autonomie an, die sich auf Privateigentum, auf bürgerlichen Verhältnissen gründen.
Wirkliche Befreiung und eine grundsätzliche Umgestaltung der Lebensverhältnisse der KurdInnen sind jedoch nur möglich, wenn ein konsequenter Kampf gegen jeden Imperialismus geführt wird, anstatt von

Teilen des Imperialismus Unterstützung zu erwarten. Wirkliche Befreiung wäre auch damit verbunden, die eigene kurdische Oberschicht
zu stürzen.
Insofern verbinden RevolutionärInnen die Frage der kulturellen und politischen Befreiung immer mit der Frage der sozialen Befreiung – ohne die eine oder andere zur Vorbedingung zumachen. MarxistInnen treten nie abstrakt für „nationale Selbstständigkeit“ ein. Sie sehen diese Kämpfe immer im Zusammenhang mit der Gesamtdynamik des Klassenkampfes. Insofern verteidigen wir das Recht der KurdInnen auf nationale Selbstständigkeit. Niemals würden aber nur für ein bürgerliches Kurdistan eintreten, sondern immer für einen Arbeiterstaat Kurdistan.
Für die kurdischen Massen ist eine bürgerlich-nationalistische Perspektive, wie sie auch von der PKK – trotz einiger linker Phrasen – vertreten wurde und wird letztlich eine Sackgasse. Nur der Kampf für einen sozialistischen Rätestaat und eine sozialistische Föderation im Nahen und Mittleren Osten kann dem kurdischen Volk eine soziale Perspektive weisen. Dazu kommt, dass nur eine solche, jede Art von Ausbeutung und Unterdrückung attackierende, Orientierung einen gemeinsamen Kampf mit den Unterdrückten und Lohnabhängigen TürkInnen, IrakerInnen usw. ermöglicht. Ohne diesen gemeinsamen Kampf können sich auch die KurdInnen selbst nicht befreien.
Sie müssen für eine proletarische Perpektive kämpfen. Deshalb müssen sich TürkInnen, IrakerInnen und KurdInnen in einer Arbeiterpartei auf Grundlage eines Marxistischen Programms vereinigen, die Arbeiterklasse politisch organisieren und damit sie befähigen die Macht zu erobern. Dabei muss die Bauernschaft hinter das Programm der sozialen Revolution gebracht werden.
Dazu bedarf es nicht nur einer breiten Widerstandstruktur und entsprechenden Abteilungen, sondern vor allem eine revolutionäre Partei, die diesen Kampf anleitet und weiterentwickelt. Diese muss Teil einer internationalen Bewegung sein zur Schaffung einer globalen Partei der sozialen Revolution: der 5. Internationale.
Dazu brauchen wir eine Organisation, die den Interessen der Jugend einen politischen und organisatorischen Ausdruck gibt und den Kampf der Jugend mit dem Kampf des Proletariats verbindet. Deshalb ist der Kampf für eine unabhängige revolutionäre Jugendorganisation in politischer Solidarität zur

Arbeiterorganisation absolut notwendig auf dem Weg zur Befreiung der Jugend und dem Kampf für eine globale Jugendorganisation: der Jugendinternationale!

– Stoppt die rassistische Hetze gegen KurdInnen!
– Freilassung Öcalans und aller inhaftierten KurdInnen!
– Weg mit dem Verbot der PKK! Weg mit den „Anti-Terrorlisten“ der EU und BRD!
– Volle Bürgerrechte für alle KurdInnen in Deutschland!
– Für das nationale Selbstbestimmungsrecht aller KurdInnen!
– Vorwärts zur 5. Internationale!
– Vorwärts zur Jugendinternationale!

Nein zum Libanonkrieg

REVOLUTION Stellungnahme zum Libanon Krieg

Gegen Krieg und Kapitalismus – gegen den israelischen Angriffskrieg!

Juli 2006

Am 12. Juli marschierte die israelische Armee in den Libanon ein, nachdem zwei israelische Soldaten entführt wurden. Einen Tag später startete die israelische Armee ihre Offensive gegen den Libanon. Dies ist nicht der erste Krieg den Israel gegen den Libanon führt. Schon 1978 und 1982 marschierte

Israel in den Libanon ein, ein weiterer Angriff erfolgte 1996 dessen Ergebnis 200 getötete Zivilisten und 500.000 Menschen auf der Flucht waren.

Diese Massaker und Gräueltaten werden jetzt nun wiederholt. Seit fast nun drei Wochen ist der Libanon ständigen Angriffen durch die israelische Armee ausgesetzt. Das Resultat der permanenten Luftangriffe sind bis jetzt fast 400 getötete LibanesInnen. Durch die israelische Bedrohung wurden mittlerweile fast eine Million Menschen aus dem Libanon vertrieben – das sind mehr als ein Viertel (!!!!) der gesamten Bevölkerung. Der Chef der israelischen Streitkräfte, Dan Halutz, fasste Israels Absichten in einem Satz zusammen: „Wenn die Soldaten nicht frei gelassen werden, werden wir die Uhr Libanons um 20 Jahre zurückdrehen!“

Doch in Wirklichkeit war die Entführung des israelischen Soldaten nur ein guter Vorwand für Israel um ihre Terrorherrschaft im Nahen Osten weiter auszuweiten. Durch ihre ständige Besatzung Palästinas und als braver Handlanger des US-Imperialismus ist Israel ständigem Widerstand ausgesetzt. Dieser Widerstand richtet sich gegen die fast 60 jährige Besetzung von Palästina, gegen die zahlreichen Massaker die durch die israelische Armee angerichtet wurden, gegen das Verweigern der banalsten Lebensnotwendigkeiten der PalästinenserInnen – kurz gesagt gegen alle Resultate der militärischen Interventionen im Interesse des Profites. Dieser Widerstand ist absolut gerechtfertigt und muss unterstützt werden. Damit Israel sein Einflussgebiet weiter ausdehnen kann, muss es zuerst den Widerstand zurückdrängen – dies ist der Hintergrund dieses Krieges: politischer, militärischer und wirtschaftlicher Einfluss!

Um diese Kriege finanzieren zu können wird gleichzeitig bei den israelischen ArbeiterInnen und Jugendlichen gespart: Kürzung von Pensionen, Verkauf von vielen Staatsbetrieben und als Folge massive Entlassungen, 400.000 Familien ohne eine gesicherte Lebensmittelversorgung.

Auch wenn diverse Politiker meinen, man könne doch ein bisschen weniger Angriffe machen, muss Israel keine Angst davor haben gestoppt zu werden. Der weltweite Imperialismus stellt sich auf die Seite Israels und somit gegen die getöteten Zivilisten und die Flüchtlinge. Der Kriegsverbrecher Nr. 1,

George W. Bush, sagte der israelische Angriff sei eine gerechtfertigte Antwort gegen den Terror. Doch dies ist kein Wunder, berücksichtigt man, dass Israel massiv von den USA finanziert wird und somit deren Statthalter im Nahen Osten ist. Im Jahr 2005 bekam Israel eine militärische Finanzspritze von ganzen 2,2 Milliarden Dollar.

Der Kapitalismus ist ein System, das notwendigerweise Kriege und Besatzung produziert. Durch um seine Gier an Profit zu stillen, muss er immer mehr Nationen unter seine Herrschaft bringen, immer mehrere Länder kontrollieren um deren Rohstoffe anzapfen zu können – zusammengefasst muss er sich in einen ständigen Krieg, der sowohl geprägt sein kann durch wirtschaftliche Ausbeutung als auch durch militärische Interventionen, begeben. Diesem Krieg fallen Zivilisten, d.h. ArbeiterInnen, Kinder, Jugendliche, zum Opfer.

Die Hisbollah, gegen deren Hochburgen Angriffe geflogen werden, ist eine politisch zutiefst rückständige Kraft. Doch auch wenn wir zur Hisbollah massive politische Differenzen haben, unterstützen wir sie in ihrem Kampf gegen den US-Imperialismus. Die scheint ein massiver Widerspruch zu sein. Doch ein Rückschlag für Israel bedeutet einen enormen Schritt vorwärts für alle fortschrittlichen Kräfte im Nahen Osten, die sich gegen Krieg und Besatzung aussprechen. Deshalb unterstützen wir alle Aktionen, die zu diesem Rückschlag führen und unterstützen darum den bewaffneten Widerstand der Hisbollah gegen die israelische Militärmaschinerie.

Doch es reicht nicht, nur für die Unterstützung der Hisbollah aufzurufen. Auf der ganzen Welt können wir mit Massenaktionen gegen den Krieg Druck auf die Herrschenden machen, deren System solche Kriege produziert. Deshalb rufen wir die komplette Anti-Kriegsbewegung zu Massenaktionen gegen den ungerechtfertigten Krieg Israels gegen den Libanon auf. Mitte September wird es in Wien eine Demonstration gegen Krieg geben. Wir wollen es schaffen, hunderte von Menschen auf die Straße zu bringen um ein kraftvolles Zeichen gegen diesen Krieg und gegen mögliche weitere Angriffe auf den Iran oder Syrien zu setzen. Bis zu dieser Demonstration werden wir Infotische veranstalten, Flyer verteilen, Buttons und Transparente produzieren. Alleine werden wir diesen und weitere Kriege nicht stoppen

können. Jede weitere Faust, die gegen dieses System von Kriegen und Besatzung kämpfen möchte ist ein Schritt vorwärts in unserem Kampf gegen den Kapitalismus und seine Resultate.

Kämpfen wir gemeinsam:

Gegen Krieg und Kapitalismus – gegen den israelischen Angriffskrieg!

* gegen den weltweiten „Krieg gegen den Terror“

* gegen das System des Kapitalismus, das solche Kriege hervorruft

* für den Sieg des palästinensischen und libanesischen Widerstandes

* für eine sozialistische Revolution, die endgültig mit Kriegen und Schlächtereien Schluss macht!

ONE SOLUTION – REVOLUTION!

// aus www.revolution-austria.at